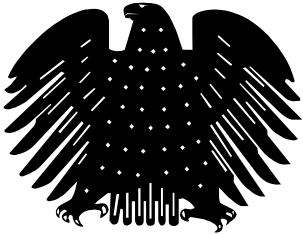


Lothar Mark, MdB

Unser Mannemer in Berlin

Newsletter des Bundestagsabgeordneten Lothar Mark



Themen u. a.:

- Internationale Finanzmarktkrise
- SPD: Gute Betreuung ab eins!
- Lothar Mark stimmt gegen Gesundheitsfonds
- Grundbuchamt Mannheim wird verlagert
- Telekom-Kampf geht weiter
- Lothar Mark regt Uni-Kooperation mit Lateinamerika an

In dieser Ausgabe:

Die internationale Finanzmarktkrise	1
Fortsetzung „die internationale...“	2
Mark und Binding über die Finanzkrise	3
Lothar Mark freut sich über Ausgang der US-Wahlen	3
NAKOS: BM von der Leyen antwortet Lothar Mark	3
Telekom: Kampf gegen Arbeitsplatzabbau geht weiter	4
Lothar Mark stimmt gegen Gesundheitsfonds	4
SPD-Erfolg: Weg frei für den Rechtsanspruch ab eins	5
Lothar Mark unterstützt Papier der Sozialdemokratischen Linken	5
Grundbuchamt wird nach Tauberbischofsheim verlagert	6
Pilzschleim beim Zahnarzt?	6
Empfang zu Ehren von Lothar Mark in Potsdam	7
Lothar Mark regt Hochschulkooperation mit Kolumbien an	7
Lothar Mark stimmt gegen BKA-Gesetz	8
Keine Briefmarke zu Ehren des Luftfahrtpioniers Schütte	8
Operation Enduring Freedom: Bundestag stimmt für Verlängerung	8
Mark berichtet im Parlament über die Ergebnisse des Haushaltsausschusses	9
Mark: Bund zahlt für Schillertage	9
Lothar Mark unterstützt Kinder-Umweltwettbewerb	10

Editorial

Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

die globale Krise der Finanzmärkte ist die schwerste Krise der letzten 80 Jahre und deshalb zugleich eine der größten politischen Herausforderungen der jüngeren Geschichte.

Die SPD hat lange vor der Krise vor den Gefahren eines ungezügelten Turbokapitalismus gewarnt. Vor den ökonomischen Risiken, wie sie sich gegenwärtig mit Wucht materialisieren, aber auch und gerade vor den politisch-gesellschaftlichen Gefahren, die darin bestehen, dass immer mehr Menschen an der parlamentarischen Demokratie und der Funktionsfähigkeit der sozialen Marktwirtschaft zweifeln.

Vor diesem sehr ernsten Hintergrund muss das Krisenmanagement von einer sozialdemokratischen Politik begleitet und ergänzt werden, damit eine vergleichbar gefährliche Krise nicht noch einmal entstehen kann.

Die Antworten des Bundeskabinetts auf die aktuellen Herausforderungen tragen eine deutlich sozialdemokratisch geprägte Handschrift. Sie können sie in dieser Ausgabe nachlesen.

Des Weiteren finden Sie hier meine Position zu vielen aktuellen, z.T. sehr umstrittenen, bundespolitischen Themen.

Einige gute Neuigkeiten gibt es für die Quadratestadt: Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat auch in diesem Jahr wieder einen Zuschuss für die Schillertage bewilligt, der Anstoß für eine neue, fruchtbare Hochschulkooperation ist erfolgt und entgegen der Befürchtung manch eines Spiegel-Lesers müssen wir Mannheimer nicht mit einer Verunreinigung des Trinkwassers rechnen.

Lesen Sie selbst...

*Ihr
Lothar Mark*



Die internationale Finanzmarktkrise

Ohne ein funktionierendes Finanzsystem ist dabei der Zugang von Bürgerinnen und Bürgern, aber auch von kleinen und mittleren Unternehmen zu Krediten nachhaltig gestört. Die Bürger könnten in diesem Fall nicht mehr sicher und mit Gewinn sparen. Die gewohnte Zwischenfinanzierung von Ar-

beitslöhnen, Investitionen und anderen wichtigen Sicherheiten für Unternehmen sind nicht länger gewährleistet. Misstrauen regiert derzeit überall. Und die, die noch vor kurzem einen Rückzug des Staates und eine immer weitergehende Deregulierung der Märkte gefordert haben, reden nun einem star-

ken Staat das Wort, der ausgleichen soll, was Manager ange richtet haben.

Die Antwort des Bundeskabinetts auf die gegenwärtige Krise lautet: Wir brauchen eine neue Balance zwischen Markt und Staat:



Lothar Mark im Gespräch mit Bundesfinanzminister Peer Steinbrück

„Wenn wir als Sozialdemokraten solchen Konzepten zustimmen, dann weil wir als Bürger auch darunter leiden würden, wenn diese neuen Regelungen nicht kämen“, bekräftigt Lothar Mark

I Finanzierung sichern

- Um die Kreditversorgung der Wirtschaft und insbesondere des Mittelstands auch bei Engpässen im Bankenbereich zu sichern, wird bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zeitlich befristet bis Ende 2009 ein zusätzliches Finanzierungsinstrument mit einem Volumen von bis zu 15 Mrd. € geschaffen, mit dem das Kreditangebot der privaten Bankwirtschaft verstärkt wird.

II Impulse für Investitionen

- Die Bundesregierung wird zeitlich befristet für zwei Jahre eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von 25% einführen.
- Zusätzlich zur degressiven Abschreibung wird die Bundesregierung befristet für zwei Jahre die Möglichkeit von Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen (KMU) erweitern.
- Die Bundesregierung will zusätzliche Investitionen in die Energieeffizienz von Gebäuden anstoßen und stockt deshalb die Mittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm und andere Maßnahmen um 3 Mrd. € für die Jahre 2009 und 2011 auf.
- Zur Verstetigung der Investitionen bei wichtigen Infrastrukturvorhaben werden die Infra-

strukturprogramme der KfW für strukturschwache Kommunen um 3 Mrd. € aufgestockt.

- Die Bundesregierung wird dringliche Verkehrsinvestitionen beschleunigt umsetzen.
- Die Bundesregierung wird ab 2009 Finanzmittel für die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ erhöhen.

III Anpassung flankieren – Haushalte entlasten

- Die Bundesregierung wird die Absatzbarkeit von Handwerkerleistungen bei Instand- und Modernisierungsmaßnahmen ausweiten und den Steuerbonus auf 20% von 6000 € verdoppeln.
- Die Bundesregierung wird für PkW mit Ersatzzulassung ab Kabinettsbeschluss über den Gesetzentwurf befristet bis zum 31. Dezember 2010 eine Kfz-Steuerbefreiung einführen, um die Kaufzurückhaltung bis zur Umstellung der Kfz-Steuer aufzulösen.
- Die Bundesregierung wird mit Nachdruck auf europäischer Ebene darauf drängen, die angestrebte Regelung der CO₂-Emissionen von PkW ab 2012 so auszugestalten, dass die Belastungen für die Automobilindustrie verkraftbar sind.
- Die Bundesregierung wird drängen, die Finanzierungsziele der Europäischen Investitionsbank für Forschungs-

Entwicklungs-, und Innovationskredite von 7,2 Mrd. € in 2007 auf 10 Mrd. € in 2009 aufzustocken, um u.a. die Entwicklung moderner Fahrzeugtechnologie voranzutreiben.

- Um insbesondere auch in schwierigen Zeiten generell Innovationen und Energieeffizienz zu fördern, wird die KfW ihre bisherigen Maßnahmen im Bereich der Innovationsförderung und –umsetzung deutlich verstärken.

Die Bundesregierung wird ein zusätzliches Sicherheitsnetz für Beschäftigte schaffen, das in der Krise greift:

- Das Sonderprogramm für ältere und geringqualifizierte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wird flächendeckend ausgebaut.
- Mit 1000 zusätzlichen Vermittlerstellen in den Agenturen für Arbeit wird die Vermittlung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessert, die sich in der Kündigungsphase befinden.
- Die Bezugsdauer von Kurzarbeitergeld wird von bisher 12 Monaten auf 18 Monate verlängert.

Quelle: BMF/BMWi: Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung, Maßnahmenpaket der Bundesregierung

Box: Aus dem Abschlussbericht der Projektgruppe des SPD Parteivorstandes „Mehr Transparenz und Stabilität auf den Finanzmärkten“ (27.10.08):
Ursachen der Finanzmarktkrise

Auslöser der Finanzkrise war das Platzen der US-Immobilienblase in Verbindung mit großen Ausfällen bei ungenügend gesicherten Hypothekenkrediten an Schuldner mit geringer Bonität (die sogenannten „subprimes“). Hier zeigt sich das Versagen einer wenig verantwortungsvollen Kreditvergabe. Diese Kredite wurden mit „guten“ Krediten vermischt und zu neuen Paketen zusammengestellt. Mögliche Ausfallrisiken konnten damit nicht mehr überblickt werden.

Die Ursachen für die gegenwärtige Finanzkrise liegen jedoch tiefer. Die Finanzmärkte haben sich von der Realwirtschaft abgekoppelt. Was wir erleben,

ist ein fundamentales Marktversagen auf den Finanzmärkten, dem ein ganzes Ursachenbündel zugrunde liegt.

Angesichts der Komplexität des internationalen Finanzsystems haben die vorhandenen **Risikomanagementsysteme von Finanzinstituten, Rating-Agenturen und Investoren** über weite Strecken **versagt**. Ihre – ohnehin intransparenten – Verfahren zur Bewertung der Risiken erwiesen sich als mangelhaft. Zu den Mängeln beim Risikomanagement kamen bei den **Finanzinstituten** noch deutliche **Mängel im Kapital- und Liquiditätsmanagement**. Zudem haben die **Aufsichtsbehörden** nicht energisch genug

auf die Risiken von **Zweckgesellschaften, Hedge-Fonds und Private-Equity** sowie kaum noch verständlicher Finanzprodukte hingewiesen.

Zugleich standen die **Vergütungs- und Gehaltssysteme** vieler Händler und Investmentbanker in einem krassen Missverständnis zwischen Risiko und Ertrag und **setzen fehlgeleitete Anreize**. Während bei profitablen Geschäften hohe Boni und Gehälter flossen, blieben bei Verlusten persönlichen Konsequenzen für die verantwortlichen Akteure oft aus. Die Bilanzierungsregeln haben nicht den Anforderungen an eine transparente Risikodarstellung entsprochen.

Mark und Binding über die Finanzkrise

„Wir wissen alle nicht, was uns erwartet“, sagte der stellv. SPD-Kreisvorsitzende Petar Drakul mit Blick auf die Finanzkrise und deren Folgen. Um dieser Frage nachzugehen, hatten der Mannheimer SPD-Kreisvorstand und der Bundestagsabgeordnete Lothar Mark MdB Lothar Binding zu einer Informationsveranstaltung eingeladen. Drakul, der an diesem Abend die Moderation übernommen hatte, freute sich mit den Anwesenden über die Möglichkeit, gleichzeitig mit einem Finanz- und einem Haushaltsexperten der SPD-Bundestagsfraktion über dieses Thema diskutieren zu können. Unter den zahlreichen Teilnehmern begrüßte er auch den Kreisvorsitzenden Wolfgang Katzmarek, den Vorsitzenden der hiesigen Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Michael Seis, und Juso-Chef Benedikt Hummel.

Lothar Binding referierte in einem kurzweiligen Vortrag über Ursachen und Zusammenhänge der internationalen Finanzmarktkrise und machte den Anwesenden im Besonderen auch zahlreiche Fachausdrücke verständlich. Er erläuterte, dass die Ursache der Finanzkrise u.a. das sog. Verbriefungsgeschäft sei, erklärte, was mit „Verbriefungsgeschäft“ im Detail gemeint ist, und weshalb Europa im Gegensatz zu den USA „nur“ ein Liquiditätsproblem und kein Solvenzproblem habe. Gegenstand weiterer Ausführungen waren die Rolle von Rating-Agenturen sowie die Programme BASEL I und BASEL II. Auch die Begriffe „Tranchieren“ und „Hermes Bürgschaften“ blieben keine Fremdwörter.

Lothar Mark präsentierte den Anwesenden anschließend die Beschlusslage des Bundeskabi-

netts und informierte über den Sachstand der Diskussion, bzw. Lösungsansätze im Haushaltsausschuss: Mark betonte, für ihn sei dabei besonders wichtig, dass die Haftung von Managern, vor allem deren Pflicht zum Schadensersatz verschärft und das Vergütungssystem der Banker wieder ins Lot gebracht würden.

Viele interessierte Rückfragen bestätigten die Wichtigkeit des Themas für die Anwesenden. Auf Nachfrage versicherte Drakul, dies sei sicherlich nicht die letzte Veranstaltung zur Finanzkrise gewesen - die nächste Veranstaltung der Mannheimer SPD habe aber erstmal den neuen Präsidenten der USA zum Thema.



Lothar Binding zu Gast in Mannheim

„Finanzmärkte bedürfen der politischen Gestaltung—im Zeitalter der Globalisierung auch über nationale Grenzen hinaus. Für uns gilt: so viel Wettbewerb wie möglich, so viel regulierender Staat wie nötig.“

Aus dem Grundsatzprogramm der SPD

US-Wahlen: Mark freut sich für Obama

Der Mannheimer SPD-Bundestagsabgeordnete macht den amtierenden Präsidenten George W. Bush mitverantwortlich für die Fehlinvestitionen im Vorfeld der Finanzkrise. Mark begrüßte daher die Wahl Barack Obamas zum neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika und äußerte, er sei darüber „sehr glücklich“.

„So deutlich hatte ich das Ergebnis der Wahl nicht erwartet“, gibt er zu. Dieser "totale Kurswechsel" werde nun die Weltpolitik positiv beeinflussen und sei für die europäisch-amerikanischen Beziehungen von Vorteil. „Demokratie- und Menschenrechte werden wieder eine zentrale Rolle einnehmen“, so Mark.

Am 15. Dezember treffen sich die Wahlmänner und -frauen, um Barack Obama zum Präsidenten zu wählen. Die Wahl am 4. November war streng genommen lediglich die Wahl zu diesem "electoral college", dem Gremium der Wahlleute. Die feierliche "inauguration" findet erst am 20. Januar statt.



Barack Obama

NAKOS: Förderprogramm wird fortgesetzt

Wie in der Newsletter-Ausgabe 08/2008 berichtet, hatte sich Lothar Mark an die Bundesfamilienministerin mit der Bitte gewandt, die Entscheidung über die Einstellung der Fördergelder für NAKOS, die nationale Kontaktstelle zur Unterstützung von Selbsthilfegruppen, zu überdenken. In seinem Antwortschreiben begründet das Ministerium seine Entscheidung damit, „dass die Gefahr einer Dauerförderung vermieden werden muss“.

Die Fachleute der SPD haben dagegen mehrfach deutlich

gemacht, dass man mit dem beabsichtigten Vorgehen nicht einverstanden ist.

Der Mannheimer Bundestagsabgeordnete sieht Selbsthilfegruppen und Selbsthilfekontaktstellen als einen unverzichtbaren Bestandteil einer aktiven Bürgergesellschaft und als besondere Form des bürgerschaftlichen Engagements. Sie sind für die Gesellschaft und für viele Familien nicht wegzudenken, da sie familienergänzend und -entlastend wirken.

Mark hatte sich daher als Mitglied im Haushaltsausschuss im

Verlauf der Haushaltsberatungen gemeinsam mit seiner zuständigen Fraktionskollegin im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Petra Hinz, und dem Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement für eine Fortführung der Förderung von NAKOS durch das BMFSFJ eingesetzt.

Mit Erfolg: Im parlamentarischen Verfahren wurde der entsprechende Titel im Einzelplan um 260 000 € für NAKOS aufgestockt.

„Die Förderung der Selbsthilfe ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich gerade auch das Bundesfamilienministerium weiterhin stellen sollte“, so Lothar Mark.

„Standortschließungen, Verlagerungen und ständige Umorganisationen verschleiern den Blick auf einen desolaten Zustand dieses Konzerns, der ohne eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit seiner Arbeitnehmervertretung und ohne Verständnis aus der Belegschaft keine zukunftsweisende Ausrichtung erreichen kann“, so Mark.

Telekom: Kampf gegen Arbeitsplatzabbau geht weiter

„Wir setzen uns weiterhin für die Beschäftigten der Call-Center ein“, so Lothar Mark nach dem kürzlich stattgefundenen Gespräch der SPD-Bundestagsfraktion mit dem Arbeitsdirektor und Vorstandsmitglied der Deutschen Telekom, Thomas Sattelberger.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte den Vorstand der Deutschen Telekom AG erneut aufgefordert, in den anstehenden Verhandlungen mit dem Sozialpartner auf die Beschäftigten zuzugehen. Das Call-Center-Konzept dürfe nicht über deren Köpfe hinweg umgesetzt, sondern müsse mit ihnen gemeinsam unter Berücksichtigung der Interessen der Mitarbeiter verändert werden.

Nach den gescheiterten Verhandlungen zwischen der Arbeitnehmervertretung, Gewerkschaft und Betriebsräten der Deutschen Telekom Kundenservice über einen Interessensausgleich und einen Sozialplan, wandte sich Lothar Mark an die Bundeskanzlerin und an Bundesfinanzminister Peer Steinbrück. Der Bund müsse als Teilhaber der Telekom seiner Verantwortung gerecht werden

und darauf hinwirken, dass Lösungen auf dringliche Fragen im Zusammenhang mit der Ausrichtung des Konzerns Deutsche Telekom gefunden werden können, so Mark. Offenkundig handele es sich bei den Umstrukturierungsmaßnahmen nicht um eine in volkswirtschaftlicher und betriebswirtschaftlicher Hinsicht langfristig sinnvolle Ausrichtung, sondern lediglich um Maßnahmen, die einen weiteren Personalabbau für einen kurzfristigen Nutzen zum Ziel haben. Das Scheitern der Verhandlungen sei für ihn umso

erstaunlicher, als den Beteiligten ein guter Vorschlag des Gesamtbetriebsrates vorgelegen habe, so Mark in seinem Schreiben.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat angekündigt, im Gespräch mit der Arbeitnehmervertretung im Aufsichtsrat der Deutschen Telekom zu bleiben. „Ziel ist es, die Kräfte zu bündeln und den Druck auf die Telekom zu erhöhen, um für die Beschäftigten doch noch eine optimale Lösung zu erreichen“, erklärt Mark.



Telekom-Geschäft in Mannheim

Lothar Mark stimmt gegen Gesundheitsfonds

Mit folgenden Argumenten teilte Lothar Mark dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion mit, weshalb er gegen die Einführung des Gesundheitsfonds (Drs. 16/9559) stimmt:

„Das GKV-OrgWG ist ein Folgegesetz des von mir abgelehnten GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes. Es wird die Entsolidarisierung in der gesetzlichen Krankenversicherung, Leistungsausgrenzungen für Versicherte und die Erhebung von Zusatzbeiträgen zur Folge haben.“

1) Krankenkassen haben den gesetzlichen Auftrag, für die Gesundheit ihrer Mitglieder zu

sorgen und lassen sich nicht wie Unternehmen in der privaten Wirtschaft führen. Sowohl auf der Aktiva – wie auf der Passiva-Seite haben sie nicht die Möglichkeit, selbstständig das gesamte Volumen zu bestimmen. Deswegen stellt eine mögliche Insolvenz der Krankenkasse kein geeignetes Instrument für falsches wirtschaftliches Handeln dar.

2) Die Anwendung der InsO auf Krankenkassen verbessert das System der GKV nicht und wird dem ursprünglichen Ziel einer schnellen Sanierung nicht gerecht. Nach der InsO gibt es drei Eröffnungsgründe: Zahlungsunfähigkeit, drohende Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung. Diese Gründe zwingen den Vor-

stand zu einer Anzeige, allerdings nicht zu einem Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens. Diesen kann nur die Aufsicht stellen, so dass es auf jeden Fall zu einer Verzögerungsphase kommt, innerhalb derer die Gläubiger zwar noch Leistungen erhalten, die Leistungen aber ggf. im Fall der Eröffnung des Insolvenzverfahrens zurückzahlen haben.

3) Bei einigen Kassen ist eine hohe Verschuldung entstanden, weil die Bundesländer als Aufsichtsorgane der landesgebundenen Kassen keine näheren Beiträge angeordnet haben. An der Entschuldung sollen die Bundesländer jedoch nicht beteiligt werden“.

Zusatzbeiträge als Folge der Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-OrgWG) (Drs. 16/9559)



SPD-Erfolg: Weg frei für den Rechtsanspruch ab eins



Anlässlich der Verabschiedung des Kinderförderungsgesetzes durch den Deutschen Bundestag erklärte Lothar Mark:

„Das Kinderförderungsgesetz ist für die SPD ein Erfolg auf der ganzen Linie. Wir haben den Durchbruch bei der frühkindlichen Bildung und Betreuung geschafft und den Rechtsanspruch ab eins durchgesetzt. Damit erhalten Eltern in Mannheim ab 2013 die Garantie, tatsächlich einen Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen“.

In der Aufbauphase stellt der Bund insgesamt 4 Mrd. € zur Verfügung, damit Länder und Kommunen mit Volldampf Betreuungsplätze für unter Dreijährige schaffen. Ein weiterer wichtiger Erfolg für die SPD ist die dauerhafte Beteiligung des

Bundes an den Betriebskosten. Ab 2014 stellt der Bund jährlich 770 Mio € dafür zur Verfügung – eine Neuheit!

Die SPD hat sich in intensiven Beratungen bei einem weiteren Punkt durchgesetzt: Die von der Bundesfamilienministerin von der Leyen (CDU) geplante zwingende Gleichstellung gewerblicher Träger mit gemeinnützigen Trägern ist vom Tisch. Lothar Mark dazu: „Kinderbetreuung wird damit nicht den Kräften des Marktes überlassen. Gemeinnützige Träger haben weiterhin eine besondere Stellung im Kinder- und Jugendhilfegesetz.“

Mit der von der Union geplanten Regelung hätte die Gefahr bestanden, dass gewinnorientierte Träger in großem Stil in die Kinderbetreuung eingestiegen

wären. Kinderbetreuung als Markt? – Die SPD sagt nein! Als Folgen wären eine schlechtere Qualität, soziale Entmischung und noch größere Ungleichheit in der Bildung vorprogrammiert gewesen. Das wichtige Ziel der beitragsfreien Kita wäre in weite Ferne gerückt.

Das Kinderförderungsgesetz hat eine deutliche sozialdemokratische Handschrift. Damit Mannheim noch familienfreundlicher und kindergerechter wird, müssen die Plätze für unter Dreijährige deutlich ausgebaut werden. „Ich werde darauf achten, dass das Land Baden-Württemberg die Mittel für den Ausbau zügig abrufen, an die Kommunen weiter reicht sowie den zugesagten Eigenanteil einbringt“, versichert Mark.



Quelle. SPD

Lothar Mark unterstützt Papier der Sozialdemokratischen Linken

Lothar Mark gehört zu den 60 Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, die kürzlich ein Papier unterschrieben haben, das Modifizierungen und Korrekturen im Zusammenhang mit der Agenda 2010 fordert.

Der Befund des neuen Armuts- und Reichtumsberichts (ARB) der Bundesregierung zu den Lebenslagen in Deutschland fordere eine sozialdemokratische Antwort, so die Unterzeichner in ihrem Aufruf.

Die Einkommensverteilung klaffe so weit auseinander wie noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Ursache sei die

Deregulierung des Arbeitsmarktes und die Schwächung der Tarifautonomie.

Aber auch Bund und Länder würden in den letzten Jahren immer weniger ihrer Aufgabe gerecht, durch eine entsprechende Finanz-, Steuer-, Vermögensbildung und Sozialpolitik die Einkommen je nach sozialer Belastbarkeit und zum Wohle der Allgemeinheit umzuverteilen.

Das alles führe dazu, dass

- die Schere von Arm und Reich immer weiter auseinandergehe,

- die Angst der Mittelschicht vor Armut wachse und
- die Aufstiegsmöglichkeiten geringer werden würden, weil die Eliten sich zunehmend abschotteten.

Die SPD sei die einzige Partei, die die Kraft und den Willen hat, Reichtum zu nutzen, Armut zu bekämpfen und die Mittelschicht zu stärken. Über gerechtere Steuern und eine sozialdemokratische Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik soll daher nach dem Willen der Unterzeichner eine Bildungsoffensive und ein starker Sozialstaat finanziert werden.

*„Reichtum
nutzen,
Armut
bekämpfen,
Mittelschicht
stärken“,
lautet das Postulat
der Unterzeichner.*

Grundbuchamt zieht nach Tauberbischofsheim

„Das vom Grundbuchamt geführte Grundstücksregister ist für die Einsicht durch die Öffentlichkeit konzipiert. Dabei sollte jeder, der ein berechtigtes Interesse darlegt, sowohl das Grundbuch als auch die Urkunden, auf die sich die Grundbucheintragungen beziehen, ohne einen Tagesausflug in Kauf nehmen zu müssen, einsehen können“, so Lothar Mark.

In Schreiben an die Landesregierung Baden-Württemberg hat der Mannheimer Bundestagsabgeordnete wiederholt gebeten, die geplante Verlagerung des Grundbuchamts nach Tauberbischofsheim zu überdenken. Wegen seiner zentralen und verkehrsgünstigen Lage sei Mannheim für Bürgerinnen und Bürger auch aus der Peripherie der Rhein-Neckar-Region leichter zu erreichen als Städte in angrenzenden Regionen.

Ausgangspunkt für die geplante umfassende Strukturreform im Grundbuchwesen seien u.a. die erforderliche Auflösung der bundesweit einmaligen, äußerst kleinteiligen Behördenstrukturen sowie die Entflechtung von staatlichen und kommunalen

Zuständigkeiten, teilte das Landesministerium in seinem Antwortschreiben mit. Die Standortverlagerung nach Tauberbischofsheim sei dabei Teil eines landesweiten Gebiets- und Standortkonzepts, das einen Beitrag zur Stärkung des ländlichen Raums leisten will.

Auch, so heißt es in dem Schreiben weiter, seien ursprünglich sogar nur vier, bzw. acht Standorte diskutiert worden, was aus fiskalischer Sicht „sicherlich noch günstiger“ gewesen wäre.

Unter diesen Vorzeichen stelle die Zentralisierung der Grundbuchführung bei elf Amtsgerichten einen Kompromiss zwischen größtmöglicher Ausschöpfung des Einsparpotenzi-

als im Grundbuchwesen auf der einen Seite und einer Minimierung der Belastungen für die Bediensteten auf der anderen Seite dar.

Zweifelsohne sei die Grundbuchamtsreform ein äußerst aufwändiges Vorhaben, das allen Beteiligten ein hohes Maß an Einsatz- und Veränderungsbereitschaft abverlange.

Lesen Sie das vollständige Antwortschreiben der Landesregierung Baden-Württemberg unter der Rubrik „Pressemitteilung“ auf der Internetseite von Lothar Mark unter www.lothar-mark.de

Pilzschleim beim Zahnarzt ?



Einem Spiegelbericht (27/2008) zufolge häufen sich bundesweit Fälle von hartnäckigen Schimmelpilzbelägen an Trinkwasserarmaturen. In Zahnarztpraxen würden die schwarzen Biofilme Behandlungseinheiten verstopfen. Auch ein deutsches Wasserwerk sei betroffen.

Die Biofilme treten offenbar dort auf, wo Phosphat als Rostschutzmittel für Trinkwasserleitungen eingesetzt würde. Als schwarze Flocken gerieten die Schimmelpilze auch ins Trinkwasser, über das sie vermutlich auch verbreitet würden. Als eine der Ursachen für den Befall komme daher die Verwendung von Raumduftsprays, Kosmetikprodukten und Reinigungsmitteln in Betracht.

Für Mannheim gab der Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz Entwarnung.

Das von den Mannheimer Wasserwerken an die Verbraucher abgegebene Trinkwasser werde aus „geschützten“ Ressourcen aus einer Tiefe von ca. 40-150 m gefördert. Der regelmäßig

analysierte Phosphatgehalt liege dabei mit weniger als 0,5 mg/l unter der technisch möglichen Nachweisgrenze. Würden innerhalb von Hausinstallationen zum Korrosionsschutz Phosphatanlagen betrieben und bei der Auswahl der verwendeten Materialien auf ihre Eignung geachtet, weiterhin die werkseitig vorgegebenen Wartungsintervalle eingehalten, so sei auch hier aus städtischer Sicht nicht mit Beeinträchtigungen zu

rechnen. Die Stadt Mannheim werde den Sachverhalt weiter im Auge behalten, heißt es in einem Schreiben an den Mannheimer Bundestagsabgeordneten.

Der Oberbürgermeister reagierte damit auf die Bitte von Lothar Mark, Auskunft darüber zu geben, ob die Stadt Mannheim von ähnlichen Vorkommnissen, bzw. Erscheinungen betroffen sei.



Mannheimer Behandlungseinheiten auch von schwarzem Biofilm verstopft?

Empfang zu Ehren von Lothar Mark in Potsdam

Die Gruppe der Botschafter Lateinamerikas und der Karibik (GEALC) hat einen Empfang zu Ehren des Mannheimer Bundestagsabgeordneten ausgerichtet. Die Veranstaltung fand in der Residenz des Botschafters der Republik Ecuador, S. E. Horacio Sevilla Borja, in Potsdam statt, der zusammen mit dem derzeitigen Präsidenten

der Botschaftergruppe, dem mexikanischen Botschafter S.E. Jorge Castro Valle Kuehne, die Feierlichkeit maßgeblich initiiert und organisiert hatte und eine bewegende Laudatio hielt. Mit dem Empfang wollten die lateinamerikanischen und karibischen Botschafter das unermüdete Engagement und die

Verdienste des Abgeordneten für die Länder der Region und die Beziehungen zu Deutschland würdigen, die er in seiner Funktion als Beauftragter der SPD-Bundestagsfraktion für Lateinamerika und die Karibik im Laufe seiner zehnjährigen Tätigkeit im Deutschen Bundestag erbracht hat.



Der mexikanische Botschafter, S.E. Jorge Castro Valle (links) sowie der Botschafter von Ecuador, S.E. Horacio Sevilla Borja (rechts) gratulieren Lothar Mark zu seinem zehnjährigen Engagement für Lateinamerika und die Karibik im Deutschen Bundestag, Photo: Sebastian Mera

Lothar Mark regt Hochschulkooperation mit Kolumbien an

Im Rahmen einer Dienstreise nach Kolumbien traf Lothar Mark unter anderem mit Dr. Marcus Thiell von der Andenuniversität (Universidad de los Andes) in Bogotá zu einem Gespräch zusammen. Dr. Thiell ist Dozent an der dortigen

Uni Andres School Management und zeigte sich sehr interessiert an Kooperationsmöglichkeiten zwischen der Andenuniversität und der Universität Mannheim. Die Uni Andres ist eine der renommiertesten Business Schools Lateinamerikas

und befindet sich derzeit in der AACSB-Zertifizierung. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund strebt sie eine Kooperation mit entsprechenden Partnern wie der Universität Mannheim an.

Lothar Mark wandte sich in dieser Angelegenheit an den Rektor der Universität Mannheim, Prof. Dr. Hans-Wolfgang Arndt, der sich an einer Kooperation mit der Andenuniversität sehr interessiert zeigte und versicherte, entsprechende Möglichkeiten der Universität Mannheim zu prüfen.

Marcus Thiell dankte Lothar Mark sehr herzlich für sein Engagement.



„Ich würde mich sehr freuen, wenn auf diesem Wege in naher Zukunft eine weitere effektive Zusammenarbeit zwischen lateinamerikanischen und deutschen Bildungseinrichtungen zustande käme“, so Mark.



Universität Mannheim

Lothar Mark stimmt gegen BKA Gesetz

Drucksache 16/10121

- 2 -

Deutscher Bundestag – 16. Wahlperiode

F. Bürokratiekosten

Es entstehen für die Wirtschaft, die Bürgerinnen und Bürger und die Verwaltung neue Bürokratiekosten.

1. Bürokratiekosten der Wirtschaft

Es werden vier neue Informationspflichten eingeführt. Die durch den Aufwand für die Erfüllung dieser Pflichten entstehenden Bürokratiekosten sind – auch im Rahmen einer Schätzung – nicht bezifferbar.

2. Bürokratiekosten der Bürgerinnen und Bürger

Es werden zwei neue Informationspflichten eingeführt. Durch den Aufwand für die Erfüllung dieser Pflichten entstehen Bürokratiekosten.

3. Bürokratiekosten der Verwaltung

Es werden 26 neue Informationspflichten eingeführt. Durch den Aufwand für die Erfüllung dieser Pflichten entstehen Bürokratiekosten. Diese Bürokratiekosten sind im Interesse einer effektiven Gefahrenabwehr nicht vermeidbar und geboten. Weniger belastende Alternativen zu den Informationspflichten bestehen nicht.

Auszug aus dem BKA-Gesetzentwurf (DS 16/10121)

Erklärung des Abgeordneten Lothar Mark im Deutschen Bundestag gemäß 31 GO BT anlässlich der Abstimmung des Gesetzentwurfs zum BKA-Gesetz (DS. 16/10121):

„Nach intensiver Beschäftigung mit dem Thema und Abwägung aller Bedenken kann ich dem heute zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf zum BKA-Gesetz **nicht** zustimmen.

Dies aus folgenden Gründen: Mit der großen Anzahl von neuen Überwachungs- und Ermittlungsbefugnissen für das Bundeskriminalamt und dem Paradigmenwandel hin zum präventiven Sicherheitsstaat scheint mir das umfangreiche Regelwerk nicht mit den Werten der Sozialdemokratie vereinbar.

Dies gilt insbesondere für die in der Diskussion völlig neue Video-Observation innerhalb privater Wohnräume, die erweiterte und stark vereinfachte akustische Wohnraumüberwachung, das Eindringen in Privaträume zur Installation von speziellen Programmen auf Rechnern und Telekommunikationseinrichtungen (was Mobiltelefone einschließt) für diverse Ausspähungen sowie Decryptierungszwecke – oft auch als Online-Durchsuchung bezeichnet –, die Aushebelung des Richtervorbehaltes bei TKÜ-Maßnahmen durch vermeintliche Eilbedürftigkeit und mehr. Die meisten Dinge davon haben wir Sozialdemokraten stets ausgeschlossen. Hinzu kommen gravierende verfassungsrechtliche Bedenken z.B. von Journalistenverbänden, Polizeigewerkschaften,

Datenschutzbeauftragten, des ehemaligen Bundesinnenministers Gerhard Baum und vieler mehr. Bereits jetzt ist absehbar, dass es zu Verfassungsklagen gegen das heute zu verabschiedende Gesetz kommen wird, das noch in diesem Jahr in Kraft treten soll“.

Nachdem der Bundestag den Gesetzentwurf mit Mehrheit der Großen Koalition abgesegnet hatte, war im Bundesrat aufgrund zahlreicher Enthaltungen die erforderliche Mehrheit nicht zustande gekommen. Sollte in einem Vermittlungsverfahren zwischen Bund und Ländern doch noch ein Kompromiss erzielt werden, könnte das Gesetz wie von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) geplant zum Januar 2009 in Kraft treten.

Keine Briefmarke zu Ehren des Luftfahrtpioniers Schütte



Schütte-Lanz SL20 im Jahr 1917

Eine Schütte-Lanz-Briefmarke wird es vorerst nicht geben. Damit hat das Bundesministerium der Finanzen einem Vorschlag von Lothar Mark zu seinem großen Bedauern nicht entsprochen.

Da sich im Jahr 2009 die Gründung der Luftschiffbau-Gesellschaft Schütte-Lanz zum 100sten Mal jährt, hatte Lothar Mark angeregt, aus diesem Anlass eine Briefmarke zu Eh-

ren des Erfinders zu entwerfen. (vgl. Newsletter 2. Ausgabe März 2007). Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Firma seinerzeit immer im Schatten des Luftschiffbauers Graf Zeppelin stand. Leider war es Prof. Johann Heinrich Karl Schütte verwehrt geblieben, wie Graf Zeppelin als Luftfahrtpionier Anerkennung zu finden. Im Streit um die Patentrechte während des Ersten Weltkrieges sah sich Schütte nach Kriegsende

um seine Erfindungen betrogen. In seinem Antwortschreiben wies das Ministerium auf die Fülle von Vorschlägen hin, die jedes Jahr eingingen, der Programmbeirat jedoch nur einen begrenzten Spielraum von lediglich rd. 50 Sondermarken habe.

Die Markenthemen für die Ausgaben 2009 können auf der Internetseite des Bundesfinanzministeriums abgerufen werden.

Operation Enduring Freedom: Bundestag stimmt für Verlängerung



Blick über das Camp Marmal: Größtes Feldlager der Bundeswehr außerhalb der BRD. Es liegt in der Nähe der afghanischen Stadt Masar-e Sharif am Fuße des Hindukusch.

Nachdem das Bundeskabinett auf Vorschlag von Außenminister Steinmeier die Beteiligung der bisherigen 100 Spezialkräfte der Bundeswehr (sog. KSK-Truppen) bei den US-geführten Kampfeinsätzen in Afghanistan zurückgezogen hatte, stimmte Lothar Mark – wenn auch schweren Herzens – der Verlängerung des Mandats für die deutsche Beteiligung an der Operation Enduring Freedom (OEF) für weitere 13 Monate zu.

Damit beschränke sich die deutsche Beteiligung an der internationalen Terrorbekämpfung gegenwärtig auf eine Beteili-

gung an der maritimen Komponente am Horn von Afrika. Im Rahmen des ISAF-Mandats für Afghanistan würden dagegen zusätzliche militärische Aufgaben übernommen, weshalb er bei der jüngsten Abstimmung einer weiteren deutschen Beteiligung nicht zustimmen konnte. Beide Mandate ließen sich nach wie vor schwer voneinander trennen, auch wenn sich die Operationen in ihrer Rechtsgrundlage und ihrem Inhalt unterschieden.

Trotz des Rückzugs der deutschen Elite-Truppen appellierte Lothar Mark an die Bundesre-

gierung, die am OEF-Einsatz beteiligten europäischen Partner dazu aufzufordern, sich verstärkt an der zivilen Aufbauarbeit in Afghanistan zu beteiligen und auch die Vereinigten Staaten dafür zu gewinnen, hier künftig den Schwerpunkt zu setzen.

Im Haushaltsausschuss gelang es Mark, zusammen mit seinem Berichterstatterkollegen Herbert Frankenhauser (CDU) zusätzliche Mittel für Infrastrukturprojekte im zivilen Bereich zu sichern (siehe Bericht Seite 9: „Abschließende Beratungen im Haushaltsausschuss“).

Abschließende Beratungen im Haushaltsausschuss

In der abschließenden Beratung des Haushaltsausschusses über den Bundeshaushalt 2009 gelang es den Berichterstattern Lothar Mark (SPD) und Herbert Frankenhauser (CDU/CSU) beim Einzelplan 05 (Auswärtiges Amt) zusätzliche Gelder für die nächsten Haushaltsjahre in Höhe von insgesamt 100 Mio. € für den zivilen Wiederaufbau in Afghanistan, Pakistan und Irak zu sichern. Konsens bestand auch darin, die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik (AKBP) als einen wesentlichen Grundpfeiler der Auswärtigen Politik im Jahr 2009 erneut zu verstärken. „Diese trägt nicht nur zu Deutschlands Ansehen in der Welt bei, sondern gilt inzwischen auch als wichtiger

Beitrag gegen Fanatismus und Terror, da sie die Menschen und Völker im gegenseitigen Respekt zusammen bringt“, so Lothar Mark.

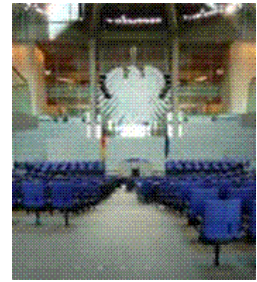
Die zusätzlichen 100 Mio. € für die nächsten Jahre zur Verstärkung der Stabilisierungspakte Afghanistan und Südosteuropa, des Ansatzes für Krisenprävention, Friedenserhaltung und Konfliktbewältigung und des Stipendienfonds waren gerade Mark ein besonderes Anliegen, sieht er doch seit längerem ein eklatantes Missverhältnis zwischen Bundesmitteln für die militärische Beteiligung Deutschlands an dem Einsatz in Afghanistan und den Ausgaben für den zivilen Aufbau. Mit Infra-

strukturprojekten für den zivilen Aufbau, so Mark, könne Deutschland als „Leuchtturm“ im Rahmen der internationalen Einsätze punkten und zugleich zur Umfeldstabilisierung im Einsatzgebiet der Bundeswehr beitragen.

Weitere Ergebnisse waren u.a. der Erhalt des Deutschen Archäologischen Instituts in Italien, die Erhöhung des Titels für die Deutschen Schulen im Ausland um weitere 5 Mio. €, die Erhöhung des Titels „Demokratisierungs- und Ausstattungshilfemaßnahmen zur Förderung der Menschenrechte“, die Anhebung der Maßnahmen für humanitäres Minenräumen, sowie eine Erhöhung um 500 000 € für die internationalen Sportbeziehungen.

Angesichts der schwierigen Haushaltslage freuen sich Mark und Frankenhauser, dass der Anteil des Auswärtigen Amtes am Gesamthaushalt auf über 1,02 % gesteigert werden konnte, „was sich in Anbetracht der wachsenden Rolle Deutschlands im internationalen Umfeld noch immer als bescheiden ausnimmt“, so Mark.

Alle Anträge der Regierungskoalitionäre beim Einzelplan 05 wurden in der abschließenden Sitzung des Haushaltsausschusses und schlussendlich vom Parlament mit Mehrheit verabschiedet.



Deutscher Bundestag



Abschließende Haushaltsberatung: Lothar Mark spricht als Berichterstatter für den Haushalt des Auswärtigen Amtes im Parlament

Mark: Bund zahlt für Schillertage

Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages bewilligte einen Zuschuss in Höhe von 150 000 € vom Bund für die 15. Internationalen Schillertage. Lothar Mark hatte diese Summe zusammen mit seiner zuständigen Kollegin Petra Merkel eingefordert, nachdem im Bundeshaushalt ursprünglich keine Mittel für die Schillertage vorgesehen waren. „Ich freue mich, dass es erneut gelungen ist, eine Unterstützung für die Schillertage in Mannheim zu ermöglichen“, so Mark.

Die 15. Schillertage finden Mit-

te Juni 2009 statt. Erste Informationen zum Programm werden unter www.schillertage.de im Frühjahr 2009 veröffentlicht.

Die zweijährig stattfindenden Internationalen Schillertage sind weit mehr als ein Theaterfestival. Sie sind ein Fest der Begegnung und der Auseinandersetzung, das viel Raum zum Diskutieren und Feiern lässt. Mit ihrer künstlerischen Einzigartigkeit haben sich die Schillertage ihren Platz in der internationalen Festivallandschaft gesichert.

Neben der außergewöhnlich lebendigen, offenen und freundlichen Atmosphäre des Festivals, belegen auch die offiziellen Zahlen und Fakten den Erfolg der Veranstaltungen:

- Die Internationalen Schillertage 2007 konnten an den neun Festivaltagen etwa 20.000 Besucher begrüßen.
- Insgesamt gab es 82 Veranstaltungen, darunter waren zehn nationale und internationale Auftragswerke.
- In 2007 wurden 14 Werke bei den Schillertagen uraufgeführt.



Ludovike Simanowiz:
Friedrich Schiller (1794)



Lothar Mark, MdB
Wahlkreisbüro
H2,4
68159 Mannheim

Weitere Informationen im Internet:
www.lothar-mark.de

Telefon: 0621–2 60 50

Fax: 0621 - 15 47 49

E-Mail:

lothar.mark@wk.bundestag.de



Die Adventszeit –

Gute Vorsätze findet man zu dieser Jahreszeit häufig. Wie wäre es denn einmal mit dem Vorsatz, sich wieder mehr einzubringen, mitzumachen, mitzugestalten.

Unsere Demokratie lebt von ihren aktiven Bürgern.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen und Ihrer Familie eine fröhliche, friedvolle und besinnliche Adventszeit. Finden Sie Zeit und Muße – für sich und andere.

Ihr Lothar Mark, MdB

Quellenhinweis:

Alle nicht anders gekennzeichneten Photos entstammen dem Büro Lothar Mark, bzw. sind „public domain“.

Noch kein Abonnent des Newsletters von Lothar Mark?
Dann schicken Sie einfach eine kurze Nachricht an
lothar.mark@wk.bundestag.de

Lothar Mark unterstützt Kinder-Umweltwettbewerb

Der Mannheimer Bundestagsabgeordnete lädt alle Kinder, Schulklassen und Kindergärten aus der Region Mannheim ein, gemeinsam mit dem Umweltluchs Don Cato auf eine spannende Expedition zu gehen. Bei dem Wettbewerb des Bundesumweltministeriums sollen Kinder als Klima-Erklärer dem Umwelt-Luchs Don Cato dabei helfen, Außerirdischen den Zusammenhang von Klimaschutz und Artenvielfalt auf der Erde zu erklären. Sie können dazu Bil-

der malen, basteln oder Geschichten rund um das Thema schreiben.

„Was passiert ganz konkret vor unserer Haustür mit der Umwelt? Und wie wirkt sich das auf unser Klima aus? Mit solchen Fragen sollen sich die Kids beschäftigen“, sagt Lothar Mark. „Dabei ist Kreativität gefragt – am besten von der ganzen Familie. Klima-Kids können mit Füller, Buntstiften und Bastelschere während der Weih-

nachtsferien mit tollen, eigenen Umweltideen beim Wettbewerb mitmachen“, so der Abgeordnete.

Bereits zum siebten Mal schickt das Bundesumweltministerium Don Cato gemeinsam mit der Jugend im Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUNDjugend) auf die Reise. „Wer heute mit dem Umweltluchs auf Expedition geht, wird morgen als Erwachsener ein waches Auge für die Umwelt haben. Und die wird in Zukunft garantiert noch mehr Freunde brauchen“, betont Mark.

Die pfiffigsten kleinen Umweltschützer im Alter von vier bis zehn Jahren können sich als Belohnung über originelle Spielesets freuen. Für die beste Kindergruppe gibt's außerdem eine riesige Spiellandschaft im Wert von mehreren tausend € zu gewinnen.

Einsendeschluss ist der **5.Februar 2009**



Malen für den Klimaschutz: Lothar Mark hofft auf viele Kinder, die in den Weihnachtsferien mit dem Umweltluchs Don Cato auf Klima-Expedition gehen.

